



Pressemitteilung

ABBM – Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e.V.

Bayerischer Bergbau und Steine- und Erden-Tag am 28. Juli 2023 in Rothenburg ob der Tauber

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e.V. (ABBM) fördert und vertritt als Wirtschaftsverband die gemeinsamen, umwelt- und rohstoffpolitischen sowie die technischen und fachlichen Belange und Interessen der Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe. Der Verband wendet sich in Bayern an die Landesregierung, Behörden, Institutionen, Verbände und sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene an die Öffentlichkeit. Geschäftsführender Vorsitzender des Vorstands ist Manfred Hoffmann, Geschäftsführer und Gesellschafter der Hoffmann Mineral GmbH. Nach Pause in der Pandemie treffen sich der Verband, seine Mitglieder und die interessierte Fachwelt zum ABBM Bergbau- und Steine- und Erden-Tag, dieses Jahr in Rothenburg ob der Tauber.

Unter der Überschrift „Perspektiven für heimische Rohstoffe – Passen die Rahmenbedingungen noch?“ waren fünf Referenten aus drei Rohstoffverbänden, aus dem Verband der Chemischen Industrie und ein Journalist eingeladen, dieses Thema aus recht unterschiedlichen Aspekten und Perspektiven zu beleuchten. Wie Hoffmann in seiner Einleitung ausführte, gibt es einige langfristige Themen, von denen man sich durch die vordergründige Energiefrage nicht ablenken lassen darf. Gesetzgeber und Behörden lassen von der Bürokratie nicht los und die Rohstoffwirtschaft muss sich selbst sehr kümmern, dass die eigenen Anliegen nicht untergehen.

Gut 50 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik erbrachten mit angeregten Diskussionen nach den Vorträgen und am Rande der Tagung den Beweis, dass das Programm attraktiv war. Der Journalist Joachim Mahrholdt trug mit seiner präzisen Moderation dazu bei, dass gerade auch die Diskussionen die Verbindung zwischen Vorträgen und Praxis schufen und die übergreifenden Interessenlagen und Aspekte herausgearbeitet wurden.

Unterschätzte Bedeutung der Rohstoffe – nicht nur für die Energiewende

Im ersten Referat ging Dr. Hans-Jörg Kersten vom Bundesverband der Gipsindustrie auf die geplante Transformation in der Bauwirtschaft ein. Obwohl der Bedarf an Rohstoffen ständig wächst und diese auch für ökologisch sinnvolle Lösungen wie Windräder



unverzichtbar sind, wird seitens Politik und Gesellschaft der Zusammenhang sehr oft nicht gesehen. Zudem bieten die modernen Baustoffe nicht ohne Grund große Vorteile bei Verarbeitbarkeit, Haltbarkeit, Flächenverbrauch und Rohstoffverbrauch, an die Lehm, Holz und Stroh alleine nicht heranreichen. Der Suffizienz-Gedanke und der Blick auf Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß überwiegen in den politischen Zielsetzungen so stark, dass man auf Irrwege mit unsicherer Versorgungslage gerät. Es kommt die sogenannte Circular Economy immer stärker ins Gespräch. Recycling wird als veraltete Zielsetzung in Frage gestellt und die Stoffströme dort werden unter den neuen Orientierungen vermutlich abnehmen. Man blendet dabei wohl gerne aus, dass der direkte Kreislauf nur in Sonderfällen funktioniert. Dabei sollte man durchaus Recycling stärken, aber nicht die heimische Rohstoffgewinnung verhindern. Und erneutes Eindringen in Betriebsgeheimnisse droht seitens der EU: Ein digitaler Produktpass erfordert dann wohl das Offenlegen von Rezepturen – damit das innerste technologische Wissen.

Dr. Thorsten Diercks von der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau zog ein Resümee nach zwei Jahren Ampelkoalition. Im grundsätzlichen Ziel einer langfristigen und sicheren Versorgung von Bürgern und Unternehmen mit mineralischen Rohstoffen ist man sich ja noch einig. Aber wie steht es mit dem Rohstoffbewusstsein? Bei der „Nachhaltigen Entwicklung“ wartet die Politik reflexhaft mit haltlosen Schlagworten wie „Ökologisierung des Bergrechts“ und „Rohstoffabbau verantwortlich für Biodiversitätsverlust“ auf. Gerade das Bergrecht ist umweltrechtlich bereits auf der Höhe der Zeit. Die Rohstoffwirtschaft sieht zudem die Raumordnung als wichtig an. Sie geht zwar in die richtige Richtung, aber das öffentliche Interesse an Rohstoffen wird nicht verankert – das ergibt keine vorsorgende Sicherheit. Dabei ginge es doch: Warum nicht die Beschleunigung bei Windkraft auf die Rohstoffgewinnung übertragen oder warum nicht Gips wie Lithium bergfrei stellen? Doch die Ampel wehrt sich auch auf EU-Ebene nicht, wenn die deutschen grün geführten Ministerien für Umwelt und Wirtschaft über Bande spielen und wirtschaftsschädigende Regelungen aus Brüssel unterstützen, sei es bei Wasserrecht, Bodenschutz oder Kreislaufwirtschaft.

Dr. Martín Wedig, ebenso von der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau, ging auf die Frage ein, ob alle Rohstoffe kritisch für Wirtschaft und Gesellschaft sind, und musste dies letztlich klar bejahen, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen. Recycling und Kreislaufwirtschaft können absehbar die Versorgungssicherheit nicht gewährleisten. Das liegt am steigenden Bedarf, auch für den riesigen Bedarf der Energiewende, sowie an dem für neue Produkte nötigen komplexen Rohstoffmix und letztlich auch an der Miniaturisierung, die wichtige Rohstoffe fein in Elektronik verteilt, was sie schwer wiederzugewinnen macht. Besonders bedenklich sind daher die hohen Importanteile. Nachdem auch der deutsche Auslandsbergbau abnimmt gerät Deutschland in immer höhere Abhängigkeiten, auch bei der energie- und umweltrelevanten Aufbereitung und Verhüttung. Fragwürdig ist also, dass die deutsche Rohstoffstrategie sich weiterhin mit Ungereimtheiten plagt und noch in „gute“ (Recycling) und „schlechte“ (Gewinnung) Rohstoffe unterscheiden will. Dabei ist die deutsche Rohstoffgewinnung eine Vorzeigebbranche bezüglich ESG-Kriterien.



In die anschließende Diskussion mischte sich auch der bayerische Landtagsabgeordnete und Beauftragte für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung Walter Nussel und forderte, das Verbandsklagerecht auf den Prüfstand zu geben, da nun schon wenige Bürger Essenzielles verhindern könnten. Zu der Komplexität von Verfahren merkte Norbert Weiß vom Bergamt Nordbayern an, dass Gerichte häufig nur nach Verfahrensfehlern suchen, weil die Sachfragen so komplex sind.

Noch mehr Bürokratie, Auflagen und Pflichten aus der EU

Benjamin Wiechmann vom Verband der chemischen Industrie brachte dem Auditorium anschließend die europäische Industrieemissionsrichtlinie (IED) nahe. Letztlich landen alle EU-Regelungen in deutschen Immissionsschutzverordnungen oder vergleichbaren Vorschriften. Insbesondere gilt es, in den 1900 chemischen Anlagen und 50000 Industrieanlagen dann „beste verfügbare Technik“ einzusetzen. Damit werden zugleich die verbindliche Einhaltung von Emissionen und Messpflichten sowie die Berücksichtigung von Ressourceneffizienz und Circular Economy eingefordert. Der Ursprung allen Übels sind die überambitionierten Ziele des Green Deals. Die Fülle an Einzelheiten erschlägt schier. Letztlich müssen sich die Firmen und das Land auf noch mehr Bürokratie, also mehr Berichte an Behörden und mehr Datenakquise, einstellen, auch auf längere Genehmigungsverfahren und zusätzliche Auflagen und Betreiberpflichten. Benjamin Wiechmann schloss mit dem Zitat des römischen Geschichtsschreibers Tacitus: „Früher litten wir an Verbrechen, heute an Gesetzen.“

Akzeptanz erfordert viel Kommunikation

Im letzten Referat hielt der Journalist Andreas Spengler anhand eines konkreten Beispiels den Spiegel vor, wie – nach anfänglichen Fehlannahmen bezüglich ausreichender Kommunikation – ein Verfahren zur Rohstoffgewinnung von Kies doch noch erfolgreich wurde. Man ging seitens der Antragsteller zunächst davon aus, dass die Bedeutung des Vorhabens und juristisch korrektes Handeln sowie Information alles problemlos gestalten sollten. Doch Gerüchte waren schneller und die Stimmung drohte zu kippen. Schnell reagierten Unternehmen und Planer mit einer Infoveranstaltung und griffen viele Fragen proaktiv auf. Herauszustellen ist, dass alles gut in der Presse begleitet wurde, auch wenn schließlich zwei Jahre später doch Bürgerinitiativen mit Mahnwachen nicht ausblieben. Mit Nähe und Offenheit schaffte man auch diese Hürde. Spengler riet, sich weniger auf die Kerngegnerschaft zu fokussieren, sondern auf die kritischen Unentschlossenen und positiv Unsicheren. Über die vorgebrachten Narrative der Gegner eines Vorhabens muss offen gesprochen werden und auch ungewöhnliche Allianzen helfen ungemein, z.B. mit Naturschutzverbänden auf regionaler Ebene. Und vor allen Dingen eines: Nie aufhören zu kommunizieren ...

Im Schlusswort erneuerte Manfred Hoffmann die Mahnung an die Politik: „Es ginge doch“. Die Beschleunigungen und pragmatischen Vereinfachungen für die „guten“ Projekte der Energiewende könnten mit etwas gutem Willen und Bürokratierleichterungen leicht auf die Verfahren der Industrie übertragen werden. Wie ein roter Faden zog sich diese Notwendigkeit durch praktisch alle Themen der Tagung. Die Teilnehmer lobten



anschließend die Tagung, die den Bogen zwischen rechtlichen Aspekten und Akzeptanz spannen wollte und diesen Anspruch wohl erfüllt hat.

Ansprechpartner für Rückfragen der Presse:

Manfred Hoffmann

Tel.: +49 (0)8431 53-226

Mobil: +49 (0)171 5839777

E-Mail: manfred.hoffmann@hoffmann-mineral.com

c/o HOFFMANN MINERAL GmbH, Münchener Straße 75, 86633 Neuburg an der Donau